

Die Stadt Basel von 1848-1858

Autor(en): Carl Meyer
Quelle: Basler Jahrbuch
Jahr: 1906

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/3e14636a-3da3-4de7-84a0-c95340ba15bd>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>



Die Stadt Basel

von 1848—1858.

Von Prof. C. Meyer.

I.

Einer Darstellung der Ereignisse, welche unsere Vaterstadt während der Zeit von 1848 bis 1858 betroffen haben, darf wohl eine Schilderung der Zustände Basels vorausgehen, wie sich dieselben um die Mitte des vorigen Jahrhunderts dem Auge des Beschauers dargeboten haben. Handelt es sich doch um das letzte Jahrzehnt des alten Basels, also um die Zeit, welche der bevorstehenden Umgestaltung der Stadt, der Beseitigung ihrer Befestigungen und dem Entstehen neuer Quartiere außerhalb derselben, unmittelbar vorausgeht!

Basel vor einem halben Jahrhundert! Das Bild der Stadt ist im Großen und Ganzen noch dasselbe, wie es uns Matthäus Merian im siebzehnten Jahrhundert und die nach Zeichnungen Emanuel Büchels gestochenen Stadtbilder im achtzehnten vor



Augen führen. Noch ist die Stadt auf allen Seiten mit Mauern, Wällen und Gräben umgeben, deren ehemaliges Vorhandensein der Ortskundige noch jetzt deutlich zu erkennen vermag. Nur zwischen der Hebelstraße und dem St. Johantor ist der Charakter der Befestigungen ein anderer und modernerer als sonst, da dieselben erst in den vierziger Jahren des Jahrhunderts dem Bahnhofs der französischen Ostbahn zulieb an der Stelle älterer waren errichtet worden. Auf den Wällen tummelt sich gelegentlich die Jugend in Scherz und Ernst, und in den Stadtgräben befinden sich die Obst- und Gemüsegärten zahlreicher Bürger. Auf den einsamen Pfaden innerhalb der Stadtmauern aber machen junge Leute aus guten Häusern ab und zu ihre ersten Versuche im Rauchen, weil sie sicher sind, hier von den Augen ihrer Eltern oder Lehrer nicht erblickt zu werden.

Der künstlerische Wert der städtischen Befestigungen ist, wenn wir von Einzelheiten, z. B. vom Spalentor, absehen, kein sehr großer; in ihrer Gesamtheit aber wirken sie zumal da, wo Bollwerke und Wälle über den Mauern emporragen, oder wo sie, wie beim Steinentor, von zwei Seiten in das Tal des Birsigs hinabsteigen, dennoch malerisch. Kein Geringerer als Hans Holbein der jüngere hat das eben genannte Stück der Befestigungen in einem Holzschnitte verewigt.

Unter den Toren befindet sich die aus Soldaten der Standestruppe gebildete, in der Regel aus vier Mann bestehende Torwache nebst dem Wachtmeister und dem Zoller.

Die Standestruppe oder Stadtgarnison trug auch sonst vielfach zur Belebung der Stadt bei. Morgens früh um sechs Uhr rückte sie, wenigstens während der guten Jahreszeit, zu ihren militärischen Uebungen aus und kehrte nach ungefähr zwei Stunden wieder in ihre, im ehemaligen Steinenkloster befindliche Kaserne zurück. Um halb zwölf Uhr marschirten die für die nächsten vierundzwanzig Stunden zum Wachdienste



Kommandierten durch die verschiedenen Straßen ihrem Ziele zu, nach den sieben Stadttoren, nach der Hauptwache am Rathhaus u. s. w. Abends um neun Uhr endlich erscholl vom Markte her, die Gerbergasse herauf bis zur Kaserne am ehemaligen Blömlin, der von den drei Tambouren der Truppe geschlagene Zapfenstreich. Wenn aber in der Stadt oder in der Nähe derselben Feuer ausbrach, so war die Spritze der Garnison in der Regel die erste auf dem Platze der Gefahr. Und wenn ein Soldat das Zeitliche gesegnet hatte, so begleiteten ihn seine Waffenbrüder mit gesenkten Gewehren nach dem ehemaligen St. Elisabethengottesacker; der dem Zuge voranschreitende Tambour hatte dann sein Instrument mit einem schwarzen Tuche bedeckt, und so bewegte sich die Mannschaft „bei gedämpfter Trommel Klang“ der Begräbnisstätte zu.

Weit wichtiger als die Ausmärsche und Übungen der Standestruppe war aber für die Bevölkerung Basels die alljährlich im September abgehaltene Musterung der Infanterie-landwehr auf der Schützenmatte. Wußten doch zahlreiche Frauen ihre Männer und zahlreiche Kinder ihre Väter unter derselben, weshalb auch die ganze Musterung im Volksmunde den Namen „Familientag“ führte. Dazu kamen noch die Klänge der Musik nebst den schönen Uniformen der Musikanten, der Tambourmajor und die Sappeurs mit ihren Bärenmützen, die berittenen höhern Offiziere, die Bataillonsfahne, lauter Dinge, welche die Standestruppe nicht hatte. Nicht zu vergessen die kleine Schar der Scharfschützen in ihren dunkelgrünen Uniformen, welche den Zug eröffnete, auf dem Exerzierplatz selbst aber bald wieder verschwand. Böse Zungen versicherten, die Scharfschützen manövrierten in der Richtung nach dem Neubad und schlossen sich der Landwehr erst am Abend zum Rückmarsch in die Stadt wieder an.

Im Übrigen hatte das Leben in der Stadt ein in mancher Beziehung noch sehr kleinstädtisches Gepräge, kleinstädtischer z. B.



als in Genf und sogar als in Bern. Nicht als ob es an Leuten gefehlt hätte, welche die Welt kannten und einen weitern Blick hatten, als die Bürgerschaft im Durchschnitt ihn besaß. Weder dem Kaufmannsstande noch den Gelehrten fehlten diese Elemente; allein die überwiegende Menge der Bürgerschaft vermochte dem Gedankengange solcher Mitbürger nicht zu folgen. Die Bürger, sowie die in der Stadt geborenen und erzogenen Niedergelassenen kannten sich noch ziemlich genau. Über Familien- und Vermögensverhältnisse seiner Mitbürger wußte Mancher Bescheid oder glaubte wenigstens, von denselben unterrichtet zu sein. Die Spitznamen, an welchen Basel bis auf den heutigen Tag keinen Mangel hat, waren vielleicht nicht zahlreicher als jetzt, aber sie waren Gemeingut der ganzen Bevölkerung und nicht auf kleinere Kreise beschränkt. Und auch einzelne durch Trunksucht oder Rauflust besonders berüchtigte Persönlichkeiten oder besonders verwilderte Jungen waren in der ganzen Stadt bekannt und teilweise gefürchtet. In den Dichtungen von Jonas Breitenstein, Emma Kron¹⁾ und Philipp Hindermann, sowie in den Erzählungen von Theodor Meyer-Merian finden sich diese Zustände, mehr oder weniger poetisch verklärt, dargestellt.

Die Stadt war noch reich an engen und dunkeln Straßen, namentlich in ihrem Innern, im Tale des Birsigs und den aus diesem nach den höher gelegenen Quartieren führenden Gassen. Und dem entsprach nur zu häufig auch das Innere der Häuser. Hohe, schmale Gebäude von turmartiger Form mit finstern Treppen, finsterner Küche und niedrigen, zum Teil ziemlich dunkeln Zimmern waren vor fünfzig Jahren noch viel zahlreicher als jetzt. Der ärmere Teil der Bevölkerung bewohnte infolgedessen viel unfreundlichere Räume, als sie ihm heutzutage in den hellen Außenquartieren zur Verfügung stehen. Und doch fehlte es auch in den engen Gassen der innern Stadt nicht an Häusern,

¹⁾ Emma Brenner, geb. Kron, die Gattin von Dr. Karl Brenner.



welche auf der Hinterseite freundliche Ausblicke in Höfe, Gärtchen u. dergl. boten. An eleganten Schaufenstern fehlte es noch ganz; das interessanteste war unstreitig das von Gottlieb Hasler am Blumenrain, gegenüber dem Gasthof zu den drei Königen, mit seinen Antiquitäten; doch war der Gesamteindruck auch hier ein sehr einfacher.

War die von Mauern umgebene Stadt enger und dunkler als jetzt, so brachten viele vornehme oder dem begüterten Mittelstand angehörige Familien die Sommermonate in ihren teilweise noch recht einfachen Landhäusern vor den Toren oder in der Nähe der benachbarten Dörfer zu. Der bescheidenere Bürger hingegen arbeitete etwa am späten Nachmittag in der von ihm gepachteten Parzelle des Stadtgrabens; am Abend aber nach vollbrachtem Tagewerke setzten sich die Bürgersfrauen mit ihren Kindern und wohl auch mit ihren Männern auf die neben der Haustür an der Vorderseite des Hauses angebrachte Bank. Dieses Vergnügen erforderte keine großen Zurüstungen, ja nicht einmal bedeutende Veränderungen der Toilette; man unterhielt auf diese Weise gute Beziehungen zur Nachbarschaft und saß in der freien Luft statt in der dumpfen Stube. Ihre Schattenseiten hatte diese Sitte freilich auch; sie bestanden einmal darin, daß mancher Vorübergehende von der sitzenden Gesellschaft nicht gerade wohlwollend kritisiert wurde, und daß der Stadtklatsch infolgedessen üppig gedieh; und dann wurden bei zunehmendem Verkehr namentlich in den engen und belebten Gassen der innern Stadt die Bürgersteige durch diese sitzenden und plaudernden Gesellschaften häufig allzusehr in Anspruch genommen. Das Bild eines in dieser Beziehung besonders verrufenen dicken Hausknechts des Gasthofs zum Sternen in der Aeschenvorstadt hat ein wahrscheinlich von Theodor Meyer-Merian gezeichnetes Bild im „Postheiri“ der Nachwelt überliefert.¹⁾ Die Bevölkerung der

¹⁾ Bd. 11 (1855), Nr. 18, S. 70.



Stadt belief sich bei der ersten eidgenössischen Volkszählung im Jahre 1850 auf 27,270 und die des ganzen Halbkantons auf 29,655 Seelen; die Zunahme seit der von 1847 betrug 1588 Personen. Für diese uns jetzt sehr bescheiden vorkommende Zahl reichte in der Regel das aus dem südlichen Deutschland eingeführte Korn aus; nur in außergewöhnlich schlechten Jahren sah man sich genötigt, auch aus entfernteren Ländern, aus Ägypten, Algier oder Südrußland solches zu beziehen. Mastochsen und Eier wurden noch nicht aus Italien bezogen, und von Walliser Trauben oder Pfirsichen war ebenfalls noch nicht die Rede; das Obst stammte vielfach aus den Umgebungen der Stadt. Auch der Wein kam, soweit es sich um gewöhnlichen Tischwein handelte, aus der badischen oder elsässischen Nachbarschaft. Die Südfrüchte waren noch selten und teuer.

Die Bürgerschaft Basels bildete um die Mitte des vorigen Jahrhunderts zwar nicht die Mehrzahl der städtischen Bevölkerung, wohl aber war sie noch das tonangebende Element innerhalb derselben. Weit aus der größere Teil des Grundbesitzes in Stadt und Stadtbann befand sich in ihrem Besitz, und sie bildete in ökonomischer wie in sozialer Beziehung den Schwerpunkt des kleinen Gemeinwesens. Was irgendwie aus der Menge hervorragte, gehörte, wenige Ausnahmen abgerechnet, ihr an: Kaufleute jeder Art, Fabrikanten und Gewerbetreibende, Bankiers, Ärzte und Notare, die Geistlichkeit u. s. w. Was für die Niedergelassenen und Aufenthalter unter solchen Umständen übrig blieb, ergibt sich aus den seit dem Jahre 1834 jährlich gedruckten Verwaltungsberichten des kleinen Stadtrats. Es waren Angestellte der verschiedenen Handlungshäuser, einzelne kleine Handwerker, ferner Gesellen, Arbeiter, Kutscher, Bediente aller Art, Landjäger und draußen vor den Toren die Besitzer oder Pächter zahlreicher Bauernhöfe. Daneben noch eine Anzahl Professoren, Lehrer, Mitglieder des Orchesters und Bewohner des Missions-



hauses. Einzelne Erleichterungen wurden indes den Niedergelassenen schon im Jahre 1849 gewährt. So sollten dieselben die Bewilligung zum Betrieb einer Pintwirtschaft erhalten können, sie sollten ferner, falls sie Schweizer waren, gleich den aus Basel gebürtigen Schiffleuten Flöße um eine Taxe von sieben Bazen per Floß unter der Rheinbrücke durchführen dürfen. Auch die Lieferung bestellter schweizerischer Handwerksartikel in die Stadt wurde damals, mit einziger Ausnahme des frischen Fleisches gestattet.¹⁾ Einen Zuwachs von 83 Köpfen erhielt die Bürgerschaft im Juni 1852 durch die Einbürgerung von Heimatlosen, jener unglücklichen und teilweise gefährlichen Klasse von Menschen, welche uns Gottfried Keller in „Romeo und Julie auf dem Dorfe“ und Joseph Joachim in „Lonny, die Heimatlose“ in so ergreifenden Farben geschildert haben. Übrigens waren schon in den Jahren 1834 und 1835 fünf Heimatlose mit ihren Angehörigen, im ganzen dreizehn Personen, ins Stadtbürgerrecht aufgenommen worden.²⁾

Für die wichtigste Industrie des damaligen Basels, die Seidenbandfabrikation, war die Zeit, mit welcher wir es hier zu tun haben, seit die Revolutionsstürme der Jahre 1848 und 1849 vorüber waren, eine günstige und ehrenvolle. Auf der Londoner Weltausstellung des Jahres 1851 erhielten nicht weniger als sieben Basler Häuser Preismedaillen, nämlich die Firmen J. C. Bischoff, Debary & Bischoff, Freivogel & Heusler, Soller & Co., Sarasin & Co., Richter-Linder und Hans Franz Sarasin; außerdem noch ein Stofffabrikant und ein Seidenfärber. Die Zahl der Bandstühle mochte im Jahre 1852 etwa 7000 betragen, die der an denselben beschäftigten Personen etwa 20,000. Doch handelt es sich hiebei nicht ausschließlich um in der Stadt befindliche Arbeiter und Stühle, sondern auch um die auf dem

¹⁾ Klein-Rats-Protokoll 1849, Fol. 79, 82, 83, 90.

²⁾ Weiß, S. Neuestes Basler Bürgerbuch, pag. IV, V.



Land, namentlich in den Dörfern des oberen Baslerbietes betriebene Hausindustrie. Die Absatzgebiete der Basler Seidenindustrie waren hauptsächlich England, Nord- und Südamerika, Deutschland, auch wohl Dänemark, Schweden und Rußland. Der Wert der jährlichen Ausfuhr mochte auf 30 Millionen Franken, die Summe der Arbeitslöhne auf 6 Millionen steigen.¹⁾

Von Bedeutung war ferner, wenigstens im Beginn der hier geschilderten Periode, der Transit- und Expeditionshandel. Die Benutzung des Kaufhauses, welche anfänglich für alle aus der Fremde eingeführten oder zur Durchfuhr bestimmten Waren obligatorisch gewesen war, wurde jedoch mit der Einführung der eidgenössischen Zölle (10. Dezember 1849) fakultativ. Sie hat jedoch trotzdem in den nächsten Jahren noch zugenommen, bis dann später durch die Lagerhäuser der Centralbahn das Kaufhaus für den Handel seine Bedeutung verlor.

Auf dem Gebiete des Sanitätswesens ist zunächst wenig zu berichten. Man begnügte sich vorläufig mit der Handhabung der bestehenden Gesetze und Verordnungen. Erst als die Cholera im Jahr 1853 im Elsaß auftrat und auch Basel bedrohte, kam etwas mehr Leben in diesen Zweig der Verwaltung. Daß die Reinlichkeit im Allgemeinen nicht so groß war, wie die öffentliche Meinung anzunehmen liebte, zeigte sich damals deutlich.²⁾

Ein näheres Eintreten auf die baulichen Zustände und die bauliche Entwicklung jener Jahre kann hier umso eher unterbleiben, als dieselben im Allgemeinen in einigen der letzten Jahrgänge des Basler Jahrbuchs³⁾ und, was speziell das Münster

¹⁾ Die Stadt Basel, historisch = topographisch beschrieben von Dr. Wilh. Theod. Streuber. S. 382 ff.

²⁾ Bericht an löbl. Cholera-Kommission über den Verlauf der Cholera in Basel im Jahre 1855 durch Dr. Ludw. De Wette. S. 35 ff. Basler Jahrbuch 1888, S. 10, 11, ebend. 1903, S. 237, 238.

³⁾ A. Burckhardt-Finsler. Basels bauliche Entwicklung im neunzehnten Jahrhundert. Basler Jahrbuch 1901, S. 259—279, ebend. 1903, S. 207—258.



betrifft, in dem bekannten Prachtwerke über dasselbe vom Jahre 1895 in sachverständiger Weise behandelt sind.¹⁾

Das Schulwesen war in Basel nicht schlimmer bestellt als in anderen Städten der Schweiz, in manchen Punkten vielleicht sogar besser als in der Mehrzahl derselben. Immerhin hatten sich im Lauf der Jahre einzelne Übelstände entwickelt, welche früher entweder nicht existierten, oder welche man noch nicht als solche empfunden hatte. Zu jenen gehört u. a. die Überfüllung einzelner Klassen namentlich in den Gemeindeschulen, zu diesen das allzu starke Zurücktreten der Naturwissenschaften neben dem Sprachunterricht in Gymnasium und Pädagogium und das Fehlen einer obern Realschule im jetzigen Sinne des Wortes. Auch über das Schulgeld wurde vielfach geklagt, am meisten allerdings in der oppositionellen Presse. Erleichterungen waren jedenfalls, zumal für unbemittelte kinderreiche Familien wünschenswert. Das Jahr 1852 hat dann, wie wir später sehen werden, eine neue Schulorganisation gebracht, welche die vorhandenen Übelstände soviel als möglich zu beseitigen suchte.

Auch das kirchliche Leben der Stadt erlitt in dieser Periode einige Veränderungen, welche freilich mehr die äußere, organisatorische Seite der Kirche, als ihr geistiges Wesen betrafen. Zunächst wurden im Jahre 1848 die Betstunden, welche bisher am Samstag Nachmittag waren gehalten worden, wegen mangelnder Beteiligung von Seite des Publikums abgeschafft. Ferner schien es wünschenswert, die Gottesdienste, welche sonst in allen vier Hauptkirchen am Donnerstag stattgefunden hatten, zu einem einzigen zusammenzuziehen und diesen fortan im Sommer in der zentral gelegenen Martinskirche und im Winter in dem heizbaren Betsaale des Münsters abzuhalten. Von weit größerer Bedeutung war aber eine Änderung, zu welcher

¹⁾ Baugeschichte des Basler Münsters. Herausgegeben vom Basler Münsterbauverein. Basel 1895 fol.



die Restauration der Martinskirche in den Jahren 1850 und 1851 den ersten Anstoß gab, die Beseitigung oder zunächst die Verminderung der einzelnen Personen gehörigen Kirchensitze und ihre Umwandlung in allgemein zugängliche.

Die einzelnen Personen gehörigen Sitzplätze hatten bisher im kirchlichen Leben eine gewisse Rolle gespielt. Mancher Bürger besaß solche in drei oder vier Kirchen, die er unmöglich alle benutzen konnte und wollte; sie waren meist ererbt und kamen bei Todesfällen und Erbschaften in Betracht. Sie waren ferner mit dem Namen ihres Eigentümers oder ihrer Eigentümerin, meist mit verblichenen Goldbuchstaben auf dunkeln Leder, bezeichnet und manche überdies mit hölzernen Kästchen versehen, in welchen man das Gesangbuch von einem Sonntage zum andern verwahren konnte. Kirchensitze, welche man aus irgend einem Grunde gar nicht brauchte, wurden wohl auch an andere vermietet. Die Sache fiel besser aus, als man erwartet hatte; von 280 in Privatbesitz befindlichen Plätzen wurden 145 freigegeben. Man durfte es daher wagen, im Jahre 1855 auch für das Münster die Restauration des Innern zu demselben Zwecke zu benutzen, und die Sache nahm auch hier einen günstigen Verlauf. Schließlich wurden die Freisitze auch in den übrigen Kirchen der Stadt eingeführt; waren sie auch anfänglich da und dort in der Minderheit, so wurde das bald anders, und schließlich haben sie die in Privatbesitz befindlichen ganz verdrängt.

Am 3. März des Jahres 1851 wurde das bisher bei den Pfarrwahlen übliche Los, d. h. die Wahl zweier Geistlicher, zwischen welchen das Los nicht immer im Sinne der Mehrzahl der Gemeindegossen entschied, abgeschafft. Dieser Beschluß oder vielmehr die Anregung zu demselben ging vom Staatskollegium aus; der Kirchenrat hatte das Los beibehalten wollen¹⁾.

¹⁾ Klein-Rats Protokoll von 1851, Fol. 35.



Die erste Pfarrwahl ohne Anwendung des Loses fand im nämlichen Jahr in der Gemeinde Riehen statt. Die Beteiligung der Behörden, d. h. des kleinen Rats und des Kirchenrats, an den Pfarrwahlen wurde hingegen noch mehrere Jahre hindurch beibehalten. Ein empfindlicher Verlust für die Kirche Basels und namentlich für die Jugend war der im Jahre 1853 erfolgte Tod des Obersthelfers Johannes Linder.

Wer sich für die in mehr als einer Beziehung unpassende Form der damaligen Gottesdienste interessiert, sei auf eine humoristische Schilderung derselben in R. R. Hagenbachs „Kirchenblatt für die reformierte Schweiz“ (Jahrg. 4, S. 68, 69) verwiesen. —

Die Finanzen des Staates bewegten sich anfänglich noch in den früher¹⁾ angegebenen Grenzen; Einnahmen und Ausgaben betrug also ungefähr eine halbe Million Schweizerfranken. In der Mitte des sechsten Jahrzehnts ist es dann freilich anders geworden. Der bisher geltende Grundsatz, die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten, wurde allmählich erschüttert, und man ist schließlich hier wie anderwärts bei dem diametralen Gegenteil desselben angelangt. In den Revolutionsjahren 1848 und 1849 zeigte die Einkommens- und Erwerbssteuer aber, infolge ungünstiger Verhältnisse von Handel und Industrie sowie bedeutender Kapitalverluste, einen beträchtlichen Rückgang. Schon für das Jahr 1847 (also im Frühjahr 1848) blieb dieselbe hinter der für 1846 um ungefähr 36,000 und für 1848 um weitere 8000 Franken zurück. Die für 1849 nahm dann wieder zu²⁾. Wie bescheiden übrigens die Steuern damals noch waren, zeigt uns ein Blick in den sechszehnten Verwaltungsbericht des Stadtrats für das Jahr 1849 (S. 44). Damals bezahlten die der ersten Klasse angehörigen Bürger,

¹⁾ Basler Jahrbuch 1902, S. 53.

²⁾ Verwaltungsbericht des kleinen Rates XV, S. 7, XVI, S. 6.



also die am höchsten besteuerten, eine städtische Gemeindesteuer (damals „Sicherheitsgebühr“ genannt) von jährlich nicht mehr als 16 Schweizerfranken. —

Unter den öffentlichen Vergnügungen nahm die Fastnacht noch immer ihre längst behauptete Ehrenstelle ein. Größere kostümierte Umzüge waren damals keine Seltenheit; der bedeutendste war wohl der des Jahres 1853, welcher die zweiundzwanzig Kantone der Schweiz in zahlreichen größern und kleinern Gruppen, natürlich nicht ohne mancherlei satirische Anspielungen, zur Darstellung brachte. Dazu kam, als ebenfalls seit alter Zeit übliches Volksfest, der Umzug der sogenannten drei Ehrenzeichen der Gesellschaften Kleinbasels im ersten Monat des Jahres. Dazu kamen ferner die Zunftschmäuse am Aschermittwoch, Turn- und Jugendfeste u. a. m. Weniger beneidenswert war hingegen die Lage des Theaters.

„Das Theater hat beständig mit Schwierigkeiten zu kämpfen, weil die Ansprüche größer sind, als die Mittel, über die man gebieten kann“, heißt es bei Streuber¹⁾. In der That war dasselbe im Jahre 1849 mit einer Schuldenlast von 25,000 Franken beladen. Infolge dessen wandten sich Delegierte der Aktionäre desselben an den kleinen Stadtrat mit der Bitte um Abhilfe. Sie baten geradezu um Übernahme des Institutes durch die Stadt; die Delegierten des Stadtrats erklärten aber, auf dieses Begehren nicht eintreten zu können. Wohl aber vereinigten sich die beiderseitigen Delegierten auf folgende Bedingungen: 1. Die Stadt bezahlt die Affekuranz des Theaters gegen Feuerschaden; 2. sie liefert das für etwa sechzig Vorstellungen nötige Heizungsmaterial; 3. sie übernimmt die Kosten der Beleuchtung für eben so viele Vorstellungen zur Hälfte; 4. sie überläßt das sogen. Ballenhaus dem Theater zinsfrei und verzichtet auf den Zins für das der Stadt schuldige Kapital von Fr. 12,325, der übrigens

¹⁾ U. a. D. S. 379.



seit Jahren nicht bezahlt worden war; 5. wird sie das Ballenhaus im Außern in Stand stellen und künftig unterhalten. Der Vertrag sollte auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossen werden.

Der kleine Stadtrat genehmigte die beiden ersten Punkte, also Übernahme der Affekuranz und der Heizung, von den drei folgenden aber wollte er nichts wissen; die dem Theater günstig gesinnten Mitglieder desselben waren die Stadträte J. J. Burckhardt-Rnhiner, Elias Kern-de Crousaz und der im Jahre 1850 in dem Wäldchen zwischen Basel und Weil ermordete Johann Jakob Basler-Bernoulli. Er hatte aber die Rechnung ohne den großen Stadtrat gemacht. Hier mußten nämlich diejenigen Vertreter der Bürgerschaft, welche zugleich Aktionäre des Theaters waren, und die man im Ganzen als Gönner desselben ansehen konnte, abtreten. Auf diese Weise gestaltete sich die Mehrheit des großen Stadtrats zur Minderheit, und es wurde schließlich am 19. November 1849 mit 22 gegen 17 Stimmen gänzliches Nichteintreten auf die Petition beschlossen.

In der Tagespresse wurde die Frage damals lebhaft und von sehr verschiedenen Standpunkten aus erörtert. Die einen betonten die Bedeutung des Theaters für die Bildung des Volkes und regten sogar zur Gründung eines Theatervereins nach dem Vorbilde der akademischen Gesellschaft an, während andere den Stadtrat unterstützten und behaupteten, zur Unterstützung schuldenbeladener, den ganzen Tag in den Kneipen herumlungernerder Schauspieler und liederlicher Attricen sei das Gemeindevermögen zu gut. So dauerte denn das Mißverhältnis zwischen den Ansprüchen und den vorhandenen Mitteln fort. Im Winter 1851/52 konnte infolge dessen die Bühne erst zwischen Weihnacht und Neujahr und in dem von 1854/55 gar erst im Februar eröffnet werden. Das Theater machte den Eindruck eines umgekehrten Armenhauses, „worin nicht die Armen



gepflegt, sondern die Pfleger arm wurden“¹⁾. Die Erfahrung beweist aber, daß durch lebhaftere Unterstützung nicht nur die Leistungen der Bühne, sondern auch das Personal gehoben wird, während jene bei allzu geringen Mitteln leicht zur Schmiere herabsinkt.

Einer entschieden bessern Pflege als das Theater, erfreuten sich die verschiedenen musikalischen Institute, sie boten auch, was die Qualität der Aufführungen betrifft, entschieden Besseres, als jenes. In den Aufführungen des Gesangvereins überwogen die Werke Händels und Mendelssohns ganz entschieden; auch Spohr war noch nicht vergessen, während man sich in Bezug auf Johann Sebastian Bach mit einigen Kantaten begnügte und seine Hauptwerke vorläufig liegen ließ. Dazu kam seit 1852 die Liedertafel, die sich teilweise aus infolge politischer Zwiste ungefähr zehn Jahre früher aus dem Männerchor ausgetretenen Sängern, teilweise aber auch aus jüngern Elementen bildete. Sie pflegte neben der Kunst auch die Geselligkeit, gewann durch ihre trefflichen Leistungen rasch die Gunst des Publikums und errang auf den eidgenössischen Sängerfesten manchen ersten Preis. Diesen Vereinen zu lieb wurde der östliche Teil der Martinskirche bei der Umgestaltung von 1850 und 1851 in einer Weise eingerichtet, welche diese noch jetzt für musikalische Aufführungen empfiehlt.

In den Abonnementskonzerten, welche freilich nur einem kleinen Teile der Bevölkerung zugänglich waren, herrschte das instrumentale Element noch nicht so einseitig vor, wie es gegenwärtig der Fall ist. Konzerte ohne Gesang bildeten damals noch die Ausnahme, während sie jetzt mindestens ebenso häufig sind als die andern. Dieses Verhältnis war schon dadurch bedingt, daß man für jeden Winter eine besondere Konzertsängerin engagierte, die man, da man sie einmal hatte, doch

¹⁾ Intelligenz-Blatt der Stadt Basel, Jahrg. 1849, Nr. 287, S. 1947.



auch verwenden mußte. Im Ganzen waren die Mittel, über die man zu verfügen hatte, viel beschränkter als jetzt; das Orchester war kleiner und reicher an Dilettanten, die Möglichkeit, beinahe für jedes Konzert hervorragende ausländische Kräfte zu gewinnen, geringer. Auch an Defiziten fehlte es keineswegs; immerhin hat man sich in der Not in der Regel doch zu helfen gewußt. Als z. B. die Brüder Lang aus Fulda gegen Ende des Jahres 1853 einen ehrenvollen Ruf nach Baden-Baden erhalten hatten, fand man doch Mittel und Wege, um dem Orchester diese trefflichen Vertreter der Blasinstrumente zu erhalten.

Die Leitung dieser musikalischen Institute lag in den Händen Ernst Reiters, und Basel verdankt der feurigen und anregenden Natur dieses Mannes bedeutende Fortschritte auf dem Gebiete des musikalischen Lebens.

Auch dem arg vernachlässigten Kirchengesang suchte man einigermaßen aufzuhelfen. Leider war aber der erste Dirigent eines gegen Ende der Vierzigerjahre zu diesem Zwecke gebildeten Chores, Dr. Ernst Hauschild, nicht geeignet, dem Chor Freude am Gesang einzuflößen; dieser löste sich infolge dessen bald wieder auf. Als dann im Jahre 1854 das neue Gesangbuch für Baselftadt und Baselland eingeführt wurde und das alte geschmacklose, für vierstimmigen Gesang geradezu unbrauchbare Gesangbuch von 1809 wegfiel, fand sich auch in der Person des spätern Waisenvaters Johann Jakob Schäublin eine für längeres Wirken auf diesem Gebiete geeignete Kraft. —

An der Spitze des Gemeinwesens standen die beiden Bürgermeister Felix Sarasin und Johann Jakob Burckhardt, letzterer seit dem 3. Juni 1849 als Nachfolger von Bürgermeister Frey, welcher in der Aprilsitzung desselben Jahres beinahe siebenzigjährig seine Entlassung genommen hatte.

Sarasin war aus dem bekannten Institute Christoph Bernoullis hervorgegangen, welchem so viele Basler einen großen



Teil ihrer Ausbildung verdankten. Da ihm die väterliche Kolonialwarenhandlung nicht lukrativ genug erschien, gründete er in der „Neuen Welt“ eine Baumwollenfabrik und leitete diese mit Eifer und Geschick. Sobald es aber die Umstände erlaubten, begann er sich am öffentlichen Leben und an den gemeinnützigen Bestrebungen seiner Vaterstadt zu beteiligen, zunächst in der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen, sowie in richterlichen Stellungen. Im Jahre 1833 wurde er in den Großen Rat gewählt, 1840 in den Kleinen, 1847 endlich erhielt er die Würde eines Bürgermeisters. Aber auch das kirchliche und religiöse Leben Basels, sowie Kunst und Wissenschaft sind ihm nicht fremd geblieben; sein schön gelegenes Haus in der St. Albanvorstadt hat er durch Werke der Kunst verschönert, und Wilhelm Wackernagel hat ihm bekanntlich sein Buch über die deutsche Glasmalerei gewidmet. Auf die äußere Form des Auftretens legte er Gewicht, war aber neben seinem gemessenen Wesen doch freundlich und leutselig. Die Bürgermeisterwürde hat er bis zu seinem im Januar des Jahres 1862 eingetretenen Tode bekleidet¹⁾.

Johann Jakob Burckhardt war als jüngstes Kind seiner Eltern in verhältnismäßig jungen Jahren ökonomisch unabhängig geworden. Er widmete sich infolge dessen frühzeitig öffentlichen entweder gar nicht oder nur gering besoldeten Ämtern. Bei seiner Wahl in den kleinen Rat (1848) war er schon Mitglied des Großen Rats, des großen und kleinen Stadtrats und des Appellationsgerichts. Der Wahl zum Bürgermeister leistete er nur ungern Folge, da er sich für zu schwach zur Bekleidung dieses Amtes hielt. Immerhin verdankt ihm Basel die Neuordnung des Niederlassungswesens, welche infolge der

¹⁾ Basler Nachrichten, Jahrg. 1862, Nr. 21 (von Fital Burckhardt), Christl. Volksbote 1862, Nr. 5. Allgem. deutsche Biographie, Bd. 30, S. 371, 372.



Bundesverfassung von 1848 notwendig geworden war. Nach seinem Rücktritt von der Stelle eines Bürgermeisters blieb er noch längere Zeit Mitglied des Baukollegiums, als welches er namentlich mit den infolge der Stadterweiterung nötig gewordenen Expropriationen beschäftigt war, und (bis 1870) des Großen Rates. Bedeutende Personen- und Sachkenntnis, sowie die Kunst, mit Leuten der verschiedensten Art geschickt zu verkehren, werden ihm mit Recht nachgerühmt¹⁾. Von Natur nicht gerade gesund, erreichte er doch, da er sich zur rechten Zeit von seinen Ämtern zurückzog und ein sehr regelmäßiges Leben mit langem Sommeraufenthalt in gesunder Gegend des Jura führte, das hohe Alter von 79 Jahren. Seine sämtlichen Kollegen im Kleinen Rat, ältere sowohl als jüngere, hat er überlebt.

Eine eigentümliche Ironie des Schicksals war es, daß beide Bürgermeister, im Gegensatz zu ihren Vorgängern Karl Burckhardt und Frey und, was noch schlimmer war, auch im Vergleich mit ihren Herrendienern, von sehr mäßiger Körpergröße waren. Man behauptete, das feierliche Auftreten mit Claquehut und Degen, in Begleitung der in die Standesfarben gekleideten Herrendiener, sei deshalb namentlich Sarasin unangenehm gewesen und sei infolge dessen in den Fünfzigerjahren des letzten Jahrhunderts außer Übung gekommen.

Als Haupt der radikalen Partei galt, wenigstens im Anfang der hier geschilderten Periode, immer noch Dr. Karl Brenner; doch erwuchs ihm gerade in diesen Jahren in Wilhelm Klein ein bedeutender, in manchen Beziehungen ihm überlegener Nebenbuhler. Wilhelm Klein war der Sohn eines aus dem Königreich Württemberg eingewanderten Lehrers und schien sich anfänglich ebenfalls dem Lehrerstande widmen zu wollen. Er

¹⁾ Allgemeine Schweizer Zeitung, Jahrg. 1888, Nr. 90 (von C. Wieland.)



hatte Mathematik studiert und besaß die für den Unterricht in diesem Fache notwendigen Eigenschaften in vollem Maße. Seit dem Jahre 1848 war er als Vikar und seit 1849 als Hilfslehrer an der Realschule tätig; doch hatten seine Kollegen schon damals den Eindruck, als sehe er diese Stellung nur als eine vorübergehende an und hoffe auf eine einflußreichere¹⁾. An der Politik beteiligte er sich schon während seiner Tätigkeit an der Schule, aber den großen Einfluß und die leitende Stellung innerhalb seiner Partei konnte er sich natürlich nur nach und nach erringen. Daß ihm aber dieses gelingen, und daß er Dr. Brenner überflügeln werde, war seinen Gesinnungsgeossen schon frühzeitig klar²⁾.

Neben den Koryphäen der konservativen und radikalen Partei machte sich übrigens auch eine Art Mittelpartei geltend. Sie bestand zum Teil aus den Männern, welche schon zur Zeit der Verfassungsrevision von 1847 eine solche gebildet hatten, ergänzte sich aber auch während des folgenden Jahrzehnts aus jüngern Männern, welche im Rat und außerhalb desselben eine politisch unabhängige Stellung einnahmen; es waren das Leute wie Hans Wieland, Dr. J. J. Vischer-Melin, etwas später auch Dr. Karl Stehlin und Dr. Karl Wieland. Auch Theodor Meyer-Merian war neben seiner Stellung als Direktor des Bürgerospitals und neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit in der Öffentlichkeit tätig; sein Wirken war aber mehr auf gemeinnützigem als auf politischem Gebiete wahrnehmbar³⁾. Immerhin war er, ehe er die Leitung des Bürgerospitals übernahm, mit der Redaktion des Intelligenzblattes beschäftigt.

¹⁾ Erinnerungen aus meinem Leben. Von Dr. J. J. Schäublin. S. 89.

²⁾ Schäublin a. a. O. Basellandschaftliches Volksblatt, Jahrgang 1850, S. 195.

³⁾ Deri, J. J. Theodor Meyer-Merian. Ein Lebensbild. S. 39 bis 41, 60—62.



2.

Wenden wir uns nun nach dieser Übersicht baslerischer Zustände im sechsten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts der chronologischen Reihenfolge der Ereignisse zu! Sie beginnt gleich zu Anfang des Jahres 1848 mit unruhigen Auftritten unter der Standestruppe. Nach dem Gesetze vom 11. November des Jahres 1804 sollte diese nur aus geborenen Schweizern bestehen und in einem spätern vom 3. Februar 1834 war diese Bedingung wieder aufgestellt worden.¹⁾ Das war freilich im Laufe der Zeit anders geworden, und man hatte nach und nach auch Ausländer angeworben; die Schweizer in der Truppe behaupteten sogar, die Offiziere hätten eine gewisse Vorliebe für die sogenannten „Schwoben“. Nun waren am 2. Januar zwei unbotmäßige Soldaten schweizerischer Herkunft auf Mechels Befehl, aber gegen das Gesetz, körperlich gezüchtigt worden. Am 5. Januar verlangten darauf etwa dreißig aus der Schenke von Rudolf Weniger an der Hutgasse zurückgekehrte Soldaten die Wegschaffung aller Ausländer; einige Unteroffiziere von fremder Herkunft wurden sogar mißhandelt. Mechel forderte am folgenden Tage die Truppe zum Gehorsam auf; am nämlichen Tage (6. Januar) versammelte sich schon am Vormittag das Militärkollegium und nachmittags in außerordentlicher Sitzung der Kleine Rat. Das Militärkollegium, dessen Präsident Stehlin ohnehin der Standestruppe nicht gewogen war, trug auf Auflösung derselben, auf Bestrafung der Rädelsführer und auf Niedersetzung einer Kommission an. Der Kleine Rat wollte aber nicht so weit gehen; er beschloß bloß Entlassung der fremden Soldaten, Aufbietung des Kontingents und der Landwehr der Infanterie und Wiederanwerbung der geeigneten Elemente der Garnison.

¹⁾ Sammlung der Gesetze und Beschlüsse des Kantons Basel. Bd. 1, S. 308; Bd. 8, S. 130.



Am 8. Januar sodann erschien der Präsident des Militärkollegiums in der Kaserne. Er ließ die Garnison auflösen und entwaffnen, und gegen vierzig besonders Kompromittierte wurden über die Grenze geführt. Ungefähr 86 Mann wurden dann in den nächsten Tagen vorläufig wieder angeworben, und die Wachposten wurden unter diese, die städtische Miliz und das Landjägerkorps verteilt. Über die definitive Erledigung der Frage sollte das Militärkollegium Vorschläge bringen.

Am 8. Februar schlug sodann der Kleine Rat dem Großen ein Provisorium von zwei Monaten vor, für welches Bürgermeister Frey nebst den Ratsheern Geigy, Peter Merian und Oswald eintrat. Andere wie Fiskal Burckhardt, Kommandant Hübscher und Hauptmann Ründig wollten hingegen die Standestruppe unbedingt und unter allen Umständen beibehalten. Im Großen Rate standen 41 gegen 41 Stimmen; durch den Stichtscheid des Präsidenten Ronus gelangte aber der Antrag des Kleinen Rates mit einem Provisorium von zwei Monaten zur Annahme. Gerade ein Jahr später aber, am 7. Februar 1849, beschloß der nämliche Große Rat eine förmliche Reorganisation der Truppe. Es waren die Ereignisse des Jahres 1848 mit ihren revolutionären Bewegungen, welche diesen Beschluß hervorgerufen hatten. Die Miliz war durch diese, nachdem schon der Sonderbundsfeldzug mancherlei Anforderungen an sie gestellt hatte, in so außergewöhnlicher Weise in Anspruch genommen worden, daß eine stehende Garnison zur teilweisen Entlastung der Bürger wieder sehr wünschenswert erschien. Am 7. März 1849 wurde Major Lukas von Mechel zum Kommandanten derselben ernannt. Er versah dieses Amt übrigens nur kurze Zeit, indem er schon im Frühjahr 1850 in die Dienste des Königs beider Sizilien trat. Sein Nachfolger als Chef der Standestruppe war Lukas Hindenlang. —



Im Übrigen treten nun während der beiden Jahre 1848 und 1849 hauptsächlich zwei Dinge in der Geschichte unserer Vaterstadt in den Vordergrund, nämlich die Unruhen in den benachbarten Staaten und die Umgestaltung des schweizerischen Staatenbundes zum Bundesstaat. An jenen war Basel als Grenzstadt besonders stark beteiligt. Was zunächst das benachbarte Frankreich betrifft, so war die Situation allerdings keine sehr ernste. Wohl kamen gleich nach dem Ausbruche der Pariser Februarrevolution zahlreiche Juden aus den benachbarten elsässischen Dörfern, wo sie ihres Lebens nicht mehr sicher waren, als Flüchtlinge hierher. Es gelang jedoch der Garnison von Hüningen sehr bald, die Ruhe wieder herzustellen, und so konnte auch das zur Besetzung der Grenze am 4. März aufgebotene Infanteriecontingent schon nach zehn Tagen wieder entlassen werden. Zum Kommandanten des gesamten baslerischen Militärs wurde indessen, da man doch auf alle Fälle gerüstet sein wollte, der gewesene eidgenössische Oberst Johannes Burckhardt ernannt. Im Übrigen hatte sich aber die französische Republik rasch konsolidiert; sie verzichtete im Gegense zu der von 1792 klüglich auf jede Propaganda nach Außen und gab so zu keinen Verwicklungen mit den Nachbarstaaten Anlaß.

Weniger einfach gestalteten sich hingegen die Verhältnisse zu der rechtsrheinischen Nachbarschaft. Hier handelte es sich bei Vielen ebenfalls darum, gerade wie in Frankreich an Stelle der Monarchie die Republik zu setzen, und dieses Bestreben fand natürlich in der Schweiz vielfache Zustimmung. Da waren einerseits zahlreiche deutsche Arbeiter, ermuntert und geleitet von feder- und redegewandten Flüchtlingen aus früherer Zeit, die mit der Bewegung einverstanden waren und den Aufständischen jenseits des Rheins gern in möglichst großer Zahl zu Hilfe gezogen wären. Da waren ferner zahlreiche Schweizer, welche ähnliche Ansichten vertraten, teils bloße Privatleute, teils



aber auch Beamte und Staatsmänner, deren Sympathieen für die republikanische Bewegung jenseits des Rheines für diese unter Umständen von Wert sein konnte. Selbst in der Tagsatzung war diese Gesinnung vertreten, namentlich unter den Vertretern der französischen Schweiz und, was Italien betrifft, im Kanton Tessin. Für die an der Grenze liegenden Ortschaften war die Lage mithin eine ziemlich ernste.

In der That zeigte sich auch unter den in Basel wohnenden Deutschen gleich bei Beginn der Bewegung in Deutschland eine gewisse Aufregung, welche überdies in manchen schweizerischen und baslerischen Kreisen genährt oder wenigstens geteilt wurde. Schon im März hatte eine Versammlung des Deutschen Vereins stattgefunden; ein im Schoße desselben vorgelesener Brief des damals in Paris befindlichen Dichters Georg Herwegh regte bewaffnete Organisation an. Doch gelang es den besonneneren Elementen unter den Anwesenden, zumal dem damaligen Professor der Physiologie, Alexander Ecker, vor Unternehmungen zu warnen, welche die Neutralität der Schweiz gefährden konnten. Später verbreitete sich das Gerücht, es rückten von Straßburg her deutsche Arbeiterscharen gegen die Grenze heran; es wurden deshalb die Kontingente von Baselstadt und Baselland am 11. und 14. April aufgeboten und einige Tage später in eidgenössischen Dienst genommen. Am 20. April — es war gerade Charfreitag — kam es nur wenige Stunden von Basel bei Randern zum Gefecht, wobei der edle General Friedrich von Gagern als Führer des hessischen Militärs fiel. Wohl infolge dieses Gefechts und der damit verbundenen Niederlage der Freischaren brachte Hecker, der Anführer derselben, die Nacht vom 21. auf den 22. April in Basel zu; er wurde jedoch angewiesen, die Stadt wieder zu verlassen.

Dem am 19. April in der Safrananzunft versammelten Deutschen Verein ließ der eidgenössische Oberst Frei aus Brugg



erklären, er werde es nicht dulden, daß von der Schweiz aus Bewaffnete fremdes Gebiet beträten, und auch Waffentransporte werde er nicht gestatten. Aus dem Innern der Schweiz erwartete man nämlich bewaffnete Scharen; ungefähr hundert Mann gelangten in der Tat über den Rhein und fanden in Grenzach Waffen, welche wahrscheinlich aus Baselland waren hinübergeschafft worden. Am 24. April fuhr sogar ein Kahn mit Bewaffneten rheinabwärts mitten durch die Stadt, worauf das eidgenössische Militär den Befehl erhielt, solche Schiffe im Wiederholungsfalle anzuhalten und, wenn diesem Befehl nicht Folge geleistet werde, auf sie zu feuern.

In die letzten März- und in die ersten Apriltage des Jahres 1848 fällt auch die Gründung eines Kreditvereins, dessen Aufgabe es war, unter solidarischer Verbindlichkeit der Mitglieder ein Anleihen von 800,000—1,000,000 französischen Franken aufzunehmen, um kaufmännischen Verlegenheiten gegen Sicherheiten abzuhelpfen, die Verfalltermine wechselrechtlicher Verpflichtungen hinauszurücken u. s. w., alles in diskretesten Weise. Der Ausschuß des Vereins bestand aus den Herren Wilhelm Burckhardt-Forkart, Ratsherr Geigy, Samuel Köchlin-Burckhardt, Rudolf Iselin-De Bary und alt Ratsherr Wilhelm Bisler, die eigentliche Seele desselben aber war Bankdirektor Speiser. Am 4. April hatten sich bereits 45 Mitglieder zur Aufnahme gemeldet, und später stieg die Zahl bis auf 113. Als der Verein gegen Ende des Jahres seine Schlußrechnung ablegte, ergab es sich, daß er etwa 870,000 Franken aufgenommen und davon ungefähr 626,000 gegen Obligationen und Sicherheiten ausgegeben hatte, und daß diese schon wieder zurückbezahlt waren. Die Verbindlichkeiten sämtlicher Mitglieder waren ohne Verlust erfüllt worden, und die Mitglieder hatten blos die Unkosten und Zinsverluste zu tragen, im Ganzen 3776



Franken. Die ganze Krisis war an Basel spurlos vorübergegangen.¹⁾

Nachdem der Monat April des Jahres 1848 in Folge des Aufstandes im benachbarten Großherzogtum Baden unserer Vaterstadt mancherlei Unannehmlichkeiten gebracht hatte, sollte auch der Mai nicht ohne Widerwärtigkeiten vorübergehen. Die Ordnung war dort wiederhergestellt, und bei dieser Wiederherstellung hatte auch württembergisches Militär mitgewirkt; von diesem aber wurde die Stadt in den ersten Maitagen hin und wieder besucht. Die Soldaten wurden nun auf ihren Gängen durch die Stadt gar nicht selten, namentlich von deutschen Arbeitern, belästigt und beschimpft. Besonders schlimm ging es am Abend des 10. Mai vor dem Riehentor zu. Es scheint, daß die Württemberger viel zu lange in der Stadt geblieben waren, wohl auch zu viel getrunken hatten, sodaß sie sich in Folge fortgesetzter Neckereien zur Wehr setzten. Der Streit begann mit den Ellenbogen und endigte von Seite der Württemberger mit Säbelhieben. Zwei Basler Bürger wurden ziemlich übel zugerichtet, vier Württemberger Soldaten nebst einem Offizier in Folge dessen verhaftet. Sie wurden darauf vom korrekzionellen Gericht wegen Überschreitung der Notwehr bestraft, jedoch nicht so streng, wie Manche erwartet hatten.²⁾ Der Präsident des Gerichts, L. A. Burdhardt, mußte deshalb mancherlei Angriffe der „National-Zeitung“ über sich ergehen lassen, gegen welche er sich in einer Extrabeilage der „Basler Zeitung“ energisch verteidigte. —

Am 21. September begannen die Unruhen im Großherzogtum Baden auf's neue. Gustav Struve war am Abend dieses Tages von der Schweiz aus in Lörrach erschienen und hatte

¹⁾ Näheres bei F. Mangold. Bantdirektor Johann Jakob Speiser, in „Basler Biographien“, Bd. 2, S. 155—161.

²⁾ Kantons-Blatt Basel-Stadt, 1848, 1. Abteilung, S. 177—180.



dort die deutsche Republik proklamiert, jedenfalls im Zusammenhange mit dem Aufstande, welcher schon einige Tage früher in Frankfurt am Main, am Sitze des deutschen Parlaments, ausgebrochen war. Der kleine Rat bot schon am 23. September Militär auf. Die Aufständischen wurden übrigens am 24. des Monats bei Staufsen von General Hoffmann geschlagen; trotzdem wurde Tags darauf ein Teil der Standestruppe und des Infanteriekontingents in den Landbezirk verlegt. In der Nacht vom 26./27. wurde sogar in der Stadt ein Waffendepot von der Polizei entdeckt und mit Beschlag belegt.

Am 26. September faßten sodann die Regierungen von Baselstadt und Baselland übereinstimmende Beschlüsse hinsichtlich der in Folge ihrer Niederlage zu erwartenden deutschen Flüchtlinge. Führer des Aufstandes und Leute, die sich von der Schweiz aus der Bewegung angeschlossen hatten, sollten vierundzwanzig Stunden nach ihrer Ankunft in's Innere der Schweiz oder nach Frankreich gewiesen, gewöhnliche Flüchtlinge entwaffnet und drei Stunden von der Grenze entfernt, schweizerische Zuzüger einfach zurückgewiesen werden.

Mitten in die Unruhen, welche die Bewegung im Badischen im Frühling und im Herbst verursachten, fielen nun auch die Verhandlungen der in Bern versammelten Tagsatzung über die Umgestaltung der schweizerischen Bundesverfassung. Basels Vertreter an derselben waren anfänglich Bürgermeister Sarasin und Professor Rudolf Merian, später Ratsherr Peter Merian und Stadtrat Johann Jakob Burckhardt. In der Bundesrevisionskommission hingegen saß Ratsherr Johann Georg Fürstenberger; dieser trat allen über das absolut Notwendige hinausgehenden Postulaten, der eidgenössischen Hochschule, dem eidgenössischen Lehrerseminar u. s. w. entschieden entgegen; er starb aber schon am 3. Mai.



Was nun aber die wesentlichen Punkte der Bundesrevision, also Verfassung, Zentralisation von Zoll-, Post- und Münzwesen, betrifft, so brachte der Kleine Rat folgende Vorschläge vor den Großen: In Betreff der Verfassung des neuen Bundes möglichste Annäherung an die der Mediationszeit, ferner zwei Kammern, ein Vorort in bisheriger Weise und ein Bundesrat als ausführende Behörde. Oberst Bischer empfahl einen Bundespräsidenten, welcher nach dem Vorbilde des nordamerikanischen seine Minister selber wählen sollte; er hoffte von dieser Einrichtung die Gewinnung tüchtiger, von den wechselnden politischen Konstellationen unabhängiger Fachmänner für die einzelnen Zweige der Verwaltung. Der Große Rat machte diesen Vorschlag mit 40 gegen 27 Stimmen zu dem seinigen. Weniger glücklich war ein Vorschlag des Ratsherrn Stumm, an die Stelle der Tagsatzung einen eidgenössischen Verfassungsrat zu setzen; er unterlag mit 42 gegen 46 Stimmen.

In § 22 des Entwurfs war eine eidgenössische Hochschule, ein Polytechnikum und ein Lehrerseminar vorgeschlagen, und Dr. Brenner sprach zu Gunsten dieses Paragraphen. Allein andere Mitglieder des Rates, Oberst Bischer, Peter Merian und Wilhelm Schmidlin, bekämpften denselben im Interesse der Freiheit des Unterrichts und der Manigfaltigkeit der Bildung; der Rat stimmte ihnen mit allen gegen 9 Stimmen zu.

Hinsichtlich des Zollwesens hatte der Kleine Rat bloß Vereinfachung, nicht aber vollständige Zentralisation vorgeschlagen, hinsichtlich des Postwesens statt der Zentralisation bloß konföderatsweise Reform; der Große Rat stimmte in beiden Fällen zu. Hingegen stimmte er auf den Antrag von Rudolf Liechtenhan-Hagenbach nicht bei, als der Kleine Rat zwar Zentralisierung und Tarifierung der verschiedenen Geldsorten für den Kurrentverkehr und die öffentlichen Kassen, nicht aber für Kapital- und Wechselzahlungen vorschlug. Liechtenhan erklärte sich für § 36 des



Entwurfs, also für vollständige Zentralisation, und drang damit durch.

Die größten Bedenken verursachte § 40 des Entwurfs, das Stimmrecht der Niedergelassenen, im Hinblick auf die große Zahl derselben in einem fast ausschließlich städtischen Gemeinwesen. Man fürchtete offenbar eine gänzliche Umgestaltung des Großen Rates durch dieselben in näherer oder fernerer Zeit. Der Kleine Rat empfahl daher Verwerfung dieses Paragraphen, daneben aber Genehmigung der freien Niederlassung. Der Große Rat trat den Vorschlägen des Kleinen bei.

Am 19. Juni empfahl sodann der Große Rat auf Antrag des Kleinen in seiner Tagungsinstruktion teilweisen Nachlaß der Kriegskosten zu Gunsten der Kantone des aufgelösten Sonderbunds; er knüpfte daran die ausdrückliche Bedingung, daß im Fall der Annahme die betreffenden Kantone auf alle Regresse gegenüber ihren gestürzten Magistratspersonen zu verzichten hätten. Dieser Antrag wurde von den Bürgermeistern Frey und Sarasin, sowie von Ratsherr Geigy und Schmidlin empfohlen, von Dr. Brenner hingegen bekämpft. Der Rat nahm denselben mit großem Mehr an. Darauf sprach sich Stehlin ebenfalls zu Gunsten des Nachlasses, aber gegen die daran geknüpfte Bedingung aus; sein Antrag drang, wenn auch mit knappem Mehr, durch.

Als am folgenden Tage zur Wahl eines ersten Gesandten an die Tagung geschritten wurde, hatten Stehlin und Peter Merian die gleiche Stimmenzahl. Das Los entschied zu Gunsten Stehlins; zum zweiten Gesandten wurde J. J. Burckhard gewählt. In der nämlichen Sitzung erteilte der große Rat dem Kleinen Vollmacht, eine Kompagnie Kavallerie von ungefähr dreißig Mann zu errichten. Die Kompagnie scheint jedoch eine Reihe von Jahren hindurch nicht vollzählig gewesen zu sein¹⁾.

¹⁾ 20. Verwaltungsbericht des Kleinen Rats... (1853), S. 51, 52.



Als die allgemeine Volksabstimmung über Annahme oder Verwerfung der neuen Bundesverfassung bevorstand, empfahl das Staatskollegium dem Kleinen Räte und dieser dem Großen Annahme, obwohl manche Wünsche Basels in derselben keine Berücksichtigung gefunden hatten. Der Große Rat erklärte sich dann in der Tat am 7. August mit 66 gegen 5 Stimmen ebenfalls für Annahme, wobei manche allerdings weniger aus Begeisterung, als im Hinblick auf die allgemeine Lage und auf die unvermeidliche Verwirrung im Falle der Verwerfung ihre Zustimmung gaben. Die Volksabstimmung, an welcher zum ersten mal neben den Bürgern auch die Niedergelassenen sich beteiligten, fand am 17. August statt; die Bundesverfassung wurde mit 1146 gegen 175 Stimmen angenommen. Bedenkt man, daß im Jahre 1847, also zu einer Zeit, wo die Niedergelassenen in kantonalen Fragen noch kein Stimmrecht besaßen, die revidierte Verfassung von Baselstadt mit 1448 Stimmen angenommen worden war, so wird man sich über die schwache Beteiligung an der Abstimmung vom 17. August 1848 mit Recht wundern. Von den ungefähr 1200 Niedergelassenen wird wohl die Mehrzahl zur Urne gegangen sein, und nur sehr wenige werden eine Verfassung, die ihnen das Stimmrecht in kantonalen und eidgenössischen Angelegenheiten gab, verworfen haben. Wohl aber ist es wahrscheinlich, daß sehr viele Bürger sich weder zur Annahme noch zur Verwerfung entschließen konnten und deshalb zu Hause blieben.

Die Annahme der Bundesverfassung durch die Mehrzahl der Kantone und des Schweizervolks wurde am 12. September durch Kanonenschüsse auf der St. Albanschanze, durch Freudenfeuer auf St. Chrischona und eine Festlichkeit auf der Schützenmatte gefeiert.

Am 16. Oktober fand die erste Sitzung des großen Rates nach Einführung des neuen Bundes statt. Von einer Revision



der kantonalen Verfassung wurde auf Antrag des Kleinen Rates und auf die Boten von Bürgermeister Frey und Peter Merian trotz der entgegenstehenden Boten von Oberst Stehlin und Dr. Karl Brenner abgesehen. Daneben empfahl aber die Regierung, im Hinblick auf die durch das Stimmrecht der Niedergelassenen bedeutend vergrößerte Zahl der Wähler, Neuwahl des ganzen Großen Rates. Dieser trat diesem Antrage mit großer Mehrheit bei. Am 17. Oktober sodann wählte er zum erstenmal ein Mitglied in den schweizerischen Ständerat; es war Oberst Stehlin, welcher mit 46 gegen 45 Stimmen durchdrang. In den Nationalrat wurde zwei Tage später Ratsherr Achilles Bischoff gewählt, und zwar mit 1564 gegen 1111 Stimmen, welche auf Dr. Brenner, den Kandidaten der Radikalen, fielen. Bischoff gehörte der Mittelpartei an; die Konservativen stimmten aber ebenfalls für ihn, da die Aufstellung eines Kandidaten aus ihren Kreisen nur dem der Radikalen Vorschub geleistet hätte. Bischoff hat während der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Stellung im Nationalrate der Eidgenossenschaft im Gebiete des Zollwesens schätzenswerte Dienste geleistet.¹⁾

Die Wahlen in den großen Rat fanden im Dezember statt. Sie brachten im Ganzen keine großen Veränderungen im Bestande desselben hervor. Unter den nicht gerade zahlreichen Vertretern der Niedergelassenen waren Dr. Wirz aus Maisprach und Daniel Senn aus Diestal die bedeutendsten. Senn war damals am eidgenössischen Zoll angestellt und hat später als kantonaler Kriegskommissär keine erfreuliche Rolle gespielt, Wirz bekleidete später bekanntlich das Amt eines Polizeidirektors.

Gegen Ende des Jahres 1848 stellten sich Schwierigkeiten im Verhältnis der Bandfabrikanten zu ihren Arbeitern ein. Auf den Beschluß des damals schon seit einiger Zeit bestehenden

¹⁾ Festschrift zum vierhundertsten Jahrestage des ewigen Bundes zwischen Basel und den Eidgenossen, 13. Juli 1901. S. 172—180.



„General-Posamenten-Vereins“ stellten die Arbeiter Bedingungen, auf welche ihre Arbeitgeber nicht glaubten eintreten zu können. Die Fabrikanten erklärten überhaupt, nur mit ihren Arbeitern direkt, nicht aber mit dem Posamentenverein als solchem unterhandeln zu können. Als darauf in drei Fabriken die Arbeit eingestellt wurde, traten die Fabrikanten insgesamt zusammen, entwarfen eine Fabrikordnung und schlossen ihre sämtlichen Fabriken, damit der einzelne Arbeitgeber seinen Arbeitern gegenüber nicht ratlos dastehe. Nun stand es diesen natürlich frei, sich durch ihre Unterschrift mit der allgemein gültigen Fabrikordnung einverstanden zu erklären. Mit dieser Angelegenheit hatten die Behörden, da ihre Vermittlung von keiner Seite begehrt wurde, nichts zu tun.¹⁾

3.

Am 4. April des Jahres 1849 stellte Dr. Friedrich Brenner, der Bruder des damaligen Führers der politischen Opposition, im Großen Rat einen Anzug, welcher eine ziemlich eingreifende Reorganisation des Schulwesens bezweckte. Er klagte über Überfüllung der Klassen in einzelnen Gemeindeschulen, ferner über ungenügende Vertretung der realistischen Fächer im Gymnasium und über Mangel an Zusammenhang im Unterrichtswesen überhaupt. Seine positiven Vorschläge waren: Verschmelzung von Gymnasium und Pädagogium, Weiterführung der Gemeindeschulen an Stelle der Realschule, Ermäßigung des Schulgelds, Aufhebung der katholischen Schule sowie der Armenschule im Klingental. Der Präsident des Erziehungskollegiums, Peter Merian, erklärte sich, obschon persönlich kein Freund ein-

¹⁾ Intelligenzblatt der Stadt Basel, 1848, Nr. 311, S. 2231, 2232. Die in der hier abgedruckten Fabrikordnung festgesetzte Arbeitszeit entspricht allerdings unseren heutigen Anschauungen nicht mehr. Und auch ohne Eingreifen oder Vermittlung von Seite der Vertreter des Staates wäre ein solcher Abschluß heutzutage kaum denkbar.



greifender Umgestaltungen, zum Eintreten auf Brenners Anzug bereit; er wollte aber die Beratung desselben nicht einer Großratskommission, sondern dem Kleinen Räte überweisen. Seine Ansicht erhielt im großen Räte die Mehrzahl der Stimmen. —

Im Mai brach im Großherzogtum Baden die Revolution aufs neue aus. Zahlreiche Flüchtlinge, diesmal aber nicht Aufständische, sondern Beamte und sonstige Anhänger der großherzoglichen Regierung mit ihren Familien, stellten sich ein, und auch an geflüchteten Effekten aller Art fehlte es nicht. Da das badische Militär sich der Bewegung ebenfalls angeschlossen hatte, so dauerte die Herrschaft der Aufständischen ziemlich lange, bedeutend länger als im Jahre 1848. Erst im Juni wurden jene von der Reichsarmee unter General Peucker und den Preußen unter dem Prinzen Wilhelm, dem spätern deutschen Kaiser, allmählich nach Süden, also in der Richtung nach der Schweizergrenze, zurückgedrängt. Am 2. Juli trafen die ersten Flüchtlinge des Insurgentenheeres, etwa 130 Personen, in Basel ein, zogen aber bald wieder weiter. Am 4. Juli erschienen wieder vereinzelte Flüchtlinge, und zwei Tage später lagerte sich eine größere Zahl Rheinfeldener gegenüber am rechten Ufer des Rheins. Es war ein buntes Gemisch von Leuten in allen möglichen Uniformen und Trachten, Wallensteins Lager nicht unähnlich, manche betrunken oder sonst in exaltierter Stimmung, außerdem Pferde und geraubte Gegenstände aller Art. Sie sollen anfänglich die Absicht gehabt haben, den Schweizerboden bewaffnet zu betreten. Gleich nach der ersten Audienz, welche der eidgenössische Brigadier, Oberst Kurz aus Bern, dem Freischarenführer Blenker am 7. Juli erteilte, wurde ein berittener Adjutant in größter Eile nach Basel geschickt. Die Standestruppe war schon in der Nacht vom 6. auf den 7. Juli auf Wagen nach Rheinfeldener geschafft worden; eine Batterie unter



Rudolf Paravicini nebst dem eben erst errichteten Kavalleriekorps begab sich jetzt in aller Eile ebenfalls dorthin.

Am 8. Juli, einem Sonntag, ergaben sich die Freischaren dem eidgenössischen Kommando und legten ihre Waffen nieder, abends nach sieben Uhr trafen sie in Basel ein. Den Zug eröffneten bayrische Chevauxlegers zu Fuß, von der hiesigen Kavallerie begleitet, ihre Pferde an der Hand führend. Es folgte die Standeskompanie, die den Freischaren schon in Rheinfelden durch ihre sichere militärische Haltung imponiert hatte. Dann kamen bayrische Kanonen nebst sonstigem Gepäck, und den Schluß des Zuges bildete die Basler Artillerie. Ein Bataillon Solothurner rückte erst am folgenden Tage in Basel ein zum Verdrusse vieler, welche den eidgenössischen Zuzug schon früher erwartet hatten.

Die Mannschaft wurde an verschiedenen Orten interniert; auch die Stadt Basel erhielt ihren Anteil. Die Verpflegung der im Klingental Internierten besorgte Kasernier Heinrich Seiler für 3 $\frac{1}{2}$ Bazen täglich per Kopf.¹⁾ Über einzelne derselben wurden gelegentlich Klagen laut; sie hätten die ihnen zum Frühstück gebotene kräftige Suppe zum Fenster hinausgeschüttet und Kaffee verlangt, berichtet H(ans) W(ieland) entrüstet im Intelligenzblatt.²⁾ —

Am 17. September stattete Ratsherr Geigg im großen Räte Bericht über den mit dem eidgenössischen Handels- und Zolldepartement abgeschlossenen Vertrag wegen Aufhebung der Zoll- und Kaufhausgebühren ab. Basels Vertreter in dieser Sache, Geigg und Stadtratspräsident Bischoff, hatten durch Vorweisung der Rechnungen und Tabellen über die bisherigen Bezüge und durch Hinweis auf Basels Opfer in Bezug auf Straßen und Brücken, Eisenbahn und Lagerhäuser eine jährliche

¹⁾ 16. Verwaltungs-Bericht des Kleinen Rats . . . 1849, S. 4.

²⁾ Nr. 166, S. 1093, 1094.



Entschädigungssumme von Fr. 44,000 für den Staat und von Fr. 60,000 für die Stadtgemeinde erwirkt. Der Vertrag wurde vom Großen Rat ohne erhebliche Einwendungen genehmigt. —

Das unruhige Jahr sollte aber noch mit einer erhebenden, ganz den Wissenschaften und den schönen Künsten geweihten Feier schließen, nämlich mit der Einweihung des neuen Museums an der Augustinergasse am 26. November. Von den fortan hier befindlichen Sammlungen war die öffentliche Bibliothek nebst den Kunstsammlungen bisher im Haus zur Mücke untergebracht gewesen; die naturhistorischen Sammlungen hingegen sowie das chemische Laboratorium hatten sich im Falkensteinerhofe befunden. Die Anfänge dieser Sammlungen waren sehr bescheiden gewesen; ein übel zugerichtetes, manchem ältern Bewohner unserer Stadt einst wohlbekanntes ausgestopftes Zebra nebst einigen zerzausten Vögeln hatten vor ungefähr achtzig Jahren den Bestand der zoologischen Sammlung gebildet. An die Kosten, welche der Umbau des ehemaligen Augustinerklosters erforderte, im ganzen 302,000 alte Schweizerfranken, hatte der Staat Fr. 180,000 die Stadt Fr. 16,000, die Universität Fr. 15,000, Freunde und Gönner der Wissenschaften Fr. 70,000 beigetragen. Dazu kamen noch Fr. 17,000 an Zinsen sowie das von der Universität unentgeltlich gelieferte Areal.

Die Feier begann mit einer Festrede, welche Professor Hagenbach im Münster hielt. In der Aula des Museums stattete sodann der Erbauer desselben, Architekt Melchior Berri, Bericht über die ihm übertragene Aufgabe ab und überreichte dem Amtsbürgermeister Sarasin die Schlüssel zu Händen des Staates; dieser übergab hierauf dieselben nach einer kurzen Rede dem Präsidenten der Museumskommission, Ratsherr Peter Merian. Nun folgte eine zweite Festrede von Professor Gerlach sowie die Besichtigung der verschiedenen Räume und Sammlungen durch die Festteilnehmer. Hieran schloß sich um zwei Uhr ein



Bankett im Stadtkasino mit 270 Gedecken, welches durch Reden und Toaste von Wilhelm Wackernagel, Balthasar Reber, Abraham Emanuel Fröhlich u. a. gewürzt wurde. Berri erhielt bei diesem Anlasse das Doktordiplom der philosophischen Fakultät.

Mit dem Bezuge der neuen geräumigen Säle des Museums stieg natürlich auch die Freude der Bevölkerung an den Sammlungen, und die Zahl der demselben zufließenden Geschenke der verschiedensten Art stieg von Jahr zu Jahr. Außerdem wurde im Jahr 1849 der freiwillige Museumsverein gegründet, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die wissenschaftlichen Sammlungen da, wo die Beiträge des Staates nicht ausreichen, zu unterstützen. —

4.

Am 1. Mai des Jahres 1850 zog die Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen ein nur zu lange vernachlässigtes Gebiet, nämlich das des Schutzes der Tiere gegen Mißhandlung jeder Art, in den Bereich ihrer Beratungen; die erste Anregung dazu war von Fiskal Johann Rudolf Burdhardt ausgegangen. Es wurde von der Gesellschaft eine Preisfrage ausgeschrieben; den ersten Preis in der Sitzung vom 20. September erhielt Dr. Theodor Meyer, der bekannte Volkschriftsteller und spätere Direktor des Bürgerspitals.¹⁾

Im nämlichen Monat (2. Dez. 1850) beantragte Daniel Senn aus Liestal im Großen Räte, man möge die Universität aufheben und dafür eine Gewerbeschule gründen. Vierzehn Tage später reichte August Stähelin einen Anzug ein, in welchem er Prüfung des gesamten Unterrichtswesens durch eine besondere Kommission an Stelle der im Jahre 1849 beschlossenen Prüfung desselben durch den Kleinen Rat empfahl. Stähelin wollte auf diesem Wege, wie es scheint, dem von Senn gemachten An-

¹⁾ Zwei Schriften über menschliche Behandlung der Tiere. Basel 1851. Nr. 1.



zuge die Spitze abbrechen, daneben aber auch die vom Kleinen Räte nicht mit besonderer Eile betriebene Angelegenheit beschleunigen.

Die beiden Fragen, Bestand oder Nichtbestand der Universität und Reorganisation des Schulwesens überhaupt, hingen in der That näher zusammen, als man an und für sich glauben sollte. Das damalige Organ der radikalen Partei, die „Schweizer Nationalzeitung“, verlangte nämlich: 1. Abschaffung der Ständeschulen, 2. als Mittel zu diesem Zweck Aufhebung des Schulgeldes und 3. Aufhebung der Universität. Durch die dritte Forderung sollte offenbar der Staat für den Ausfall, welchen er durch die nicht mehr eingehenden Schulgelder erlitt, entschädigt werden. Der ganze Kampf um Sein oder Nichtsein der Hochschule wurde damals mit großer Leidenschaft geführt. Die Nationalzeitung bezeichnete sie als Schmarozerpflanze, als „Universität daß Gott erbarm“ u. s. w., so daß selbst Senn erklärte, mit den leidenschaftlichen Ausfällen jenes Blattes in keinerlei Verbindung zu stehen. An der Universität, rechnete dieses aus, kämen durchschnittlich zwei Schüler auf einen Lehrer, in den übrigen Schulen hingegen 30 (Gymnasium) bis 80 (Gemeindeschulen)¹⁾. Jeder Student koste den Staat jährlich fünfhundert Franken, während dieser auf jeden andern Schüler durchschnittlich nur zwanzig Franken verwende. Die siebenzig Studierenden der Universität kosteten den Staat jährlich halb soviel als die 3500 Kinder, welche die übrigen Schulen besuchten. Alles in allem gerechnet, verwende Basel auf einen Studierenden gerade soviel, wie auf fünfundzwanzig Schüler u. s. w.

Die Rechnung ist als solche völlig unanfechtbar und enthält trotzdem sehr namhafte Irrtümer. Die ganze Frage konnte erstlich durch bloßes Dividieren unmöglich gelöst werden. Ferner

¹⁾ Diese Ziffer bezeichnet allerdings einen Uebelstand, welcher beseitigt werden mußte und in der That auch beseitigt worden ist.



führt das bloße Zusammenstellen des Zahlenverhältnisses zu keinen befriedigenden Schlüssen. In den mittlern und untern Schulen wird die Schülerzahl einer Klasse eine gewisse Höhe unter keinen Umständen überschreiten dürfen. Andererseits wird auf der Universität eine Zahl von hundert und mehr Zuhörern dem Vortragenden aus bekannten Gründen eher erwünscht als widerwärtig sein, während daneben sogenannte Privatissima mit bloß zwei oder drei Teilnehmern die Wissenschaft ebenfalls fördern können.

Die Basler Hochschule war zu der Zeit, in welcher ihre Existenz in Frage gestellt wurde, beinahe vierhundert Jahre alt. Im Jahre 1818 zum ersten Mal reorganisiert, nach den politischen Kämpfen der Dreißigerjahre für die bei der Teilung des Staatsvermögens zwischen Stadt und Landschaft Basel verlorenen zwei Dritteile ihres Vermögens vom Staat entschädigt und 1835 neu organisiert, erfreute sie sich einer allerdings recht bescheidenen Zahl von Studenten¹⁾. Ihr Charakter war im Ganzen ein vorbereitender und kein abschließender, sie setzte demgemäß den Besuch einer größeren Hochschule voraus. Am deutlichsten zeigte sich dieser vorbereitende Charakter in der juristischen und medizinischen Fakultät; in der ersten hatte man zu sehr auf die mehr oder weniger unentgeltliche Mitwirkung einheimischer Kräfte²⁾ gerechnet; allein der Tod hatte die betreffenden in der kurzen Zeit von drei Jahren dahingerafft! Auch in der theologischen und philosophischen Fakultät fehlte es keineswegs an empfindlichen Lücken. Andererseits war es aber auch den Behörden gelungen, Männer von bedeutendem Rufe

¹⁾ Ihre Zahl betrug in den Jahren 1849—51 im Durchschnitt etwa sechzig. De Wettes Tod im Juni 1849 hatte natürlich ungünstig gewirkt.

²⁾ Christoph Burckhard-Heß († 1835), Gustav Christ († 1838) und Adolf Burckhardt-Wischer († 1838).



aus dem Ausland zu gewinnen und manche derselben dauernd an Basel zu fesseln; ich erinnere an De Wette, Schönbein, Wilhelm Wackernagel, zu welchen später Rütimeyer und Steffensen kamen. Und auch an tüchtigen einheimischen Kräften, wie Karl Rudolf Hagenbach, Peter Merian, Andreas Heusler, Schnell, u. a., hat es bekanntlich nicht gefehlt¹⁾. Am auffallendsten war wohl der Wechsel in der juristischen Fakultät, wo die Lehrer des römischen Rechts, Georg Baseler, J. J. Bachofen, Rudolf Thering, u. s. w., in sehr rascher Reihenfolge einander ablösten.

Nun machen es der schwache Besuch der Basler Hochschule und das seit dem Jahre 1848 drohende Gespenst einer eidgenössischen Universität andererseits erklärlich, daß manche die Möglichkeit der Fortdauer der erstern bezweifelten. Auch ein gewisses Mißtrauen gegen die fremden Professoren oder die Mißstimmung einheimischer Kräfte, welche sich zurückgesetzt fühlten, mochte sich in gewissen Kreisen geltend machen. Nicht erklärlich aber war es, daß man der Anstalt, wegen der dem Staate durch sie verursachten Unkosten, den Krieg erklären konnte. Weitaus der größere Teil dieser Auslagen wurde ja durch die Zinsen des Vermögens der Anstalt bestritten, und die Professoren der philosophischen Fakultät waren überdies zu Stunden an den beiden Abteilungen des Pädagogiums verpflichtet; letztere aber konnte man doch nicht ebenfalls aufheben. Wohl aber mochte noch ein anderer Grund in manchen Kreisen Abneigung gegen die Universität geweckt und genährt haben, der Umstand nämlich, daß sie oder wenigstens manche der an ihr wirkenden Professoren als Stützen der konservativen Partei galten und kürzere oder längere Zeit Mitarbeiter der „Basler Zeitung“ waren. Im Großen Räte ist dieser Grund freilich nicht geltend

¹⁾ Die Universität Basel. Handschriftliche Schilderung derselben von Dr. Gottlieb Bischoff aus dem Jahre 1842, welche — mutatis mutandis — auch für das folgende Jahrzehnt paßt.



gemacht worden; wer aber die radikale Zeitungsliteratur jener Jahre, zumal das „Basellandschaftliche Volksblatt“ aufmerksam durchstudiert, wird sich von dem Einfluß der Politik auf die Beurteilung der Universität leicht überzeugen.

Senn selbst hat seinen Anzug, als derselbe zu Anfang des folgenden Jahres 1851 im Großen Rate zur Verhandlung kam, nicht zu begründen gewußt. Er lief noch vor der Beratung weg und überließ die Begründung seinen ihm geistig überlegenen Gesinnungsgenossen, Wilhelm Klein und Dr. Karl Brenner. Größer war freilich die Zahl der Verteidiger der Anstalt; sie bestand aus einigen Professoren, einer großen Zahl ehemaliger Schüler der Universität und einigen dem Kaufmannsstand angehörigen Mitgliedern des Rates. Die gegen die Anstalt erhobenen Vorwürfe wurden teils widerlegt, teils auf ihr richtiges Maß zurückgeführt. Denn darüber waren ja auch die Gönner und die Mitglieder derselben einig, daß die Universität nicht nur manches leiste, sondern daß ihr auch noch manches fehle, und daß ihren Mängeln so viel als möglich müsse abgeholfen werden¹⁾. Das Eintreten auf Senns Anzug wurde vom Großen Rate mit 81 Stimmen abgelehnt, und nur 11 stimmten für Überweisung desselben an eine Großratskommission. Es sollen übrigens mehrere Mitglieder des Rates, auf deren Stimmen die Gegner der Anstalt gezählt hatten, sich der Abstimmung enthalten haben.

Die Gerechtigkeit erfordert übrigens, nicht zu verschweigen, daß auch Brenner und Klein sich später, zwar nicht mit allen an der Basler Hochschule wirkenden Lehrern, wohl aber mit dem Bestande derselben als solchem ausgesöhnt haben. Brenner war in den Sechzigerjahren ein eifriger und regelmäßiger Zuhörer Jakob Burckhards, zumal wenn dieser über das Zeitalter

¹⁾ Schnell, J. und Schönbein, Chr. Fr. Die Universität Basel, was sie fordert und was sie leistet. Basel 1851. 8.



der französischen Revolution las; und auch Klein hat etwa zehn Jahre später einmal im „Schweizerischen Volksfreund“ erklärt, er habe seine Ansichten in dieser Angelegenheit wesentlich geändert.

Für den Eifer, mit welchem die Beibehaltung der Universität in vielen Kreisen Basels gewünscht wurde, spricht aber namentlich folgender Umstand. Im Jahre 1854 beschloß bekanntlich der schweizerische Nationalrat die Einrichtung einer eidgenössischen Hochschule, der Ständerat aber verwarf dieselbe. Es hätte für Basel damals nahe gelegen, diesen Beschluß als Ruhelassen zu benutzen; aber das gerade Gegenteil geschah. Es erschien wieder eine Schrift, welche die Bedürfnisse der Anstalt erörterte, unter dem Titel „Die Universität Basel, was ihr gebührt und was sie sein soll. In Verbindung mit den Professoren Miescher, Riggerbach und Wackernagel dargelegt von Professor J. Schnell.“ Und auch in den Kreisen der Bürgerschaft machte sich eine gewisse Begeisterung geltend. Am 26. April trat im Museum eine Versammlung von etwa sechzig meist jüngern Männern zusammen, um unter der Leitung von Rudolf Paravicini die Angelegenheiten der Hochschule zu besprechen. Am 1. Mai aber sprach im Großen Räte der für das Schöne und Edle so leicht erregbare August Burckhardt-Fselin für Hebung derselben, wobei er namentlich von Dr. Karl Felix Burckhardt und Ratsherr Emanuel Burckhardt unterstützt wurde. —

kehren wir zum Jahre 1851 zurück! Am 4. Februar dieses Jahres war im Großen Räte der Anzug August Stähelins auf Untersuchung des gesamten Schulwesens durch eine Großratskommission mit großer Mehrheit angenommen worden. In diese Kommission wurden gewählt die H. H. August Stähelin, Peter Merian, Dr. Friedrich Brenner, Professor Wischer, Wilhelm Schmidlin, Rektor Heußler und Bürgermeister Sarasin, der zulezt genannte als Präsident.



Gegen Ende des Jahres kam die Frage, ob die Standes-
truppe beizubehalten oder aufzulösen sei, neuerdings zur Sprache.
Der Kleine Rat, gestützt auf ein Gutachten des Staatskollegiums,
wünschte in seinem Ratschlag Auflösung derselben und zugleich
Vermehrung des Landjägerkorps. Er motivierte sein Begehren
mit einer auf diesem Wege erreichbaren Ersparnis von 53,000
bis 58,000 Franken jährlich. Er machte ferner geltend, es fehle
am richtigen Zusammenwirken von Garnison und Polizei, das
Bedürfnis einer stehenden Truppe sei seit der Bundesverfassung
von 1848 nicht mehr stark, die Disziplin habe abgenommen,
und die Möglichkeit, gute Offiziere zu gewinnen, sei ebenfalls
geringer als früher. Für die Bedeutung, welche dem Ratschlag
beigemessen wurde, spricht der Umstand, daß in der Sitzung
des Großen Rates vom 3. November von den 134 Mitgliedern
nur drei fehlten. Die Opposition bestritt die im Ratschlage
angeführten Gründe; besonders energisch trat Rudolf Paravicini
demselben in anderthalbstündiger Rede entgegen. Sein An-
trag auf einfache Verwerfung desselben unterlag allerdings
mit 46 gegen 59 Stimmen. Dafür ging aber der von Kom-
mandant Adolf Hübscher für grundsätzliche Beibehaltung der
Truppe und Auftrag an den Kleinen Rat wegen allenfallsiger
Abänderungen der Organisation mit 62 gegen 45 Stimmen
durch.

Die Wahlen in den Großen Rat, welche im nämlichen
Monat des Jahres stattfanden, brachten gleich denen von 1848
mehr Versetzungen als wirkliche Veränderungen. Aus dem
Kleinen Rate trat am 1. Dezember zum Bedauern seiner sämt-
lichen Kollegen der bisherige Vorsteher des Finanzkollegiums,
Bernhard Socin, aus; er erhielt die gewünschte Entlassung unter
ehrenvoller Anerkennung der dem Gemeinwesen während einer
langen Reihe von Jahren geleisteten Dienste. Sein Nachfolger
war bekanntlich Karl Geigy.



In den letzten Tagen des Jahres fand, nachdem der Stadtrat am 5. November die Beleuchtung der Straßen durch Gas beschlossen hatte, eine vierwöchentliche Probe zu St. Alban statt. Im folgenden Jahre wurde dann die Gasbeleuchtung in der ganzen Stadt eingeführt, ein Jahr später (1853) auch am obern Rheinquai, im Rathaus, unter den Stadttoren und im St. Albantal. Die Kirchen mußten sich noch längere Zeit mit Kerzen oder kleinen Dellampen begnügen, bis das Gas auch in ihnen nach und nach eingeführt wurde. Nur zu St. Martin wurde wegen der in dieser Kirche damals sehr häufigen Konzerte eine Ausnahme gemacht.

Der letzte Monat des Jahres 1851 und der erste des folgenden Jahres brachten endlich noch die Einlösung der bisher üblichen schweizerischen, von den einzelnen Kantonen geprägten Münzen gegen die neuen gemeinschaftlich eidgenössischen. Um die ganze Sache auch denjenigen klar zu machen, welche im Rechnen weniger geübt waren, hatte Wilhelm Schmidlin im Auftrage des Finanzkollegiums ein Schriftchen verfaßt mit dem Titel: Das neue Geld. Eine Anweisung zur Erleichterung der Übergangs-Schwierigkeiten für den Geldverkehr im Kleinen.“ Dieses Schriftchen nebst dem Bundesgesetz von 1850, der baslerischen Verordnung und der Publikation des Finanzkollegiums war dann unter das Publikum verteilt worden. Im ganzen wurden 2,120,777 Stücke alter Münzen gegen Fr. 472,271.37 neuer Währung eingelöst und nach Bern an die eidgenössische Münzkommission abgeliefert. Die Zahl der einlösenden Personen war 7781, im Durchschnitte täglich 130, die der verschiedenen eingelösten Münzsorten fünfundsechzig.³⁸⁾ Die oberste

³⁸⁾ 18. Verwaltungsbericht des Kleinen Rats . . . an den Großen Rat (1851). S. 17 ff.



Leitung der ganzen Sache war in die Hände des Bankiers Christoph Matthias Ehinger gelegt, während Komptabilität und Berechnung der Kurse für Basel wie für die übrige Schweiz das Werk des Bankdirektors Speiser waren. Daneben waren noch sechsundzwanzig Personen mit der Revision, der Sortierung und dem Verpacken in Rollen beschäftigt.

In der Praxis traten natürlich, namentlich in den kleinen Verkehrsverhältnissen, mancherlei kleine Veränderungen, meist Abrundungen nach oben ein. Was z. B. bisher einen Bagen gekostet hatte, kostete fortan nicht nach Schmidlins Berechnung vierzehn, sondern fünfzehn Rappen, zwei Bagen wurden zu dreißig Rappen berechnet u. s. w. Nur in einem bekannten Merceriegeschäft auf dem Barfüßerplatz wurden die Preise genau nach Schmidlins Büchlein berechnet, was aber der Eigentümerin desselben nicht etwa den Dank des Publikums, sondern einen damals stadtbekanntem Spitznamen eintrug. Den größten Vorteil von der neuen Währung hatten jedenfalls die Dienstboten. Bisher hatte man, wenn man zu einer Spazierfahrt eingeladen war, dem Kutscher einen Fünfbägnner als Trinkgeld gegeben; war man irgendwo zu Tische gebeten, so hatte man ebenfalls einen solchen unter den Teller gelegt. In neuer Währung hätte man also 70 oder 75 Cts. preisgeben müssen; statt dessen wurde es aber jetzt Sitte, einen Franken zu opfern. Es scheint aber Leute gegeben zu haben, welchen diese Erhöhung des Trinkgeldes nicht sofort einleuchten wollte. In Nr. 262 des Intelligenzblattes vom Jahr 1852 fragte wenigstens ein Einsender, wie man sich in solchen Fällen eigentlich zu verhalten habe; er verlangte dafür das Ausschreiben einer Preisaufgabe. Die Antwort in Nr. 263 lautete aber: man solle wirklich einen Franken geben, er tue dem armen Dienstboten so wohl, als dem Gaste das Essen. Wer ein



handwerksmäßiger Schmarozer sei, der könne sich aus dem Schaden fressen und so den Verlust der zwei Bagen wieder einbringen!

